



Platforms, Experts, Tools: Specialised Cyber-Activists Network

Hotspots des Hasses

**Die Verantwortung öffentlicher Personen
online**



Project funded by the European Union's Rights,
Equality and Citizenship Programme (2014-2020)

Über das Projekt

Das von der EU geförderte project **sCAN** – *Platforms, Experts, Tools: Specialised Cyber-Activists Network* (2018-2020), koordiniert von Licra (International League Against Racism and Antisemitism), zielt darauf ab, Fachwissen, Tools, Methodik und Wissen über Cyberhass im Internet zu sammeln und länderübergreifende, umfassende Praktiken zur Identifizierung, Analyse, Berichterstattung und Bekämpfung von Online-Hassreden zu entwickeln. Das Projekt stützt sich auf die Ergebnisse bereits realisierter, erfolgreicher europäischer Projekte, darunter *“Research, Report, Remove: Countering Cyber-Hate phenomena”* und *“Facing Facts”*, und ist bestrebt, die von der Zivilgesellschaft entwickelten Initiativen zur Bekämpfung von Hassrede fortzusetzen, zu präzisieren und zu stärken.

Durch die europaweite Kooperation werden die Projektpartner ihre fruchtbare Zusammenarbeit (weiter) verstärken und intensivieren. Die **sCAN**-Projektpartner werden zur Auswahl und Bereitstellung relevanter, automatischer Überwachungsinstrumente beitragen, um die Erkennung hasserfüllter Inhalte zu verbessern. Ein weiterer wichtiger Aspekt von **sCAN** ist die Stärkung der, von der Europäischen Kommission eingerichteten, Monitoring-Maßnahmen (z.B. der Monitoring-Übungen). Zudem werden die Projektpartner gemeinsam Wissen und Erkenntnisse sammeln, um Trends des Cyberhasses auf länderübergreifender Ebene besser zu identifizieren, zu erklären und zu verstehen. Darüber hinaus zielt das Projekt darauf ab, europaweit Fähigkeiten von Cyber-Aktivisten, Moderatoren und Tutoren zu entwickeln, indem E-Learning-Kurse über die Facing Facts Online Plattform angeboten werden.

sCAN wird von zehn verschiedenen europäischen Partnern umgesetzt: ZARA - Zivilcourage und Anti-Rassismus-Arbeit aus Österreich, CEJI - A Jewish contribution to an inclusive Europe aus Belgien, Human Rights House Zagreb aus Kroatien, Romea aus Tschechien, Licra - International League Against Racism and Antisemitism sowie Respect Zone aus Frankreich, jugendschutz.net aus Deutschland, CESIE aus Italien, Latvian Centre For Human Rights aus Lettland und die Universität Ljubljana, Fakultät für Sozialwissenschaften aus Slowenien.

Das **sCAN**-Projekt wird von der Generaldirektion Justiz und Verbraucher der Europäischen Kommission im Rahmen des Programms für Rechte, Gleichstellung und Unionsbürgerschaft (REC) der Europäischen Union finanziert.

Haftungsausschluss

Dieser Monitoring Report wurde durch das Programm der Europäischen Union für Rechte, Gleichstellung und Unionsbürgerschaft (2014-2020) finanziert.

Der Inhalt des Monitoring Reports präsentiert nur die Ansichten der Autoren und liegt in der alleinigen Verantwortung des sCAN-Projektkonsortiums. Die Europäische Kommission haftet nicht für die weitere Verwendung der darin enthaltenen Angaben.



Project funded by the European Union's Rights, Equality and Citizenship Programme (2014-2020)

Inhalt

Über das Projekt.....	2
Einleitung.....	4
Hassrede öffentlicher Personen zieht selten Konsequenzen nach sich.....	6
Hass und Aufstachelung in der Grauzone	8
Moderation ist der Schlüssel zum Erfolg.....	9
Gesellschaftliche Konsequenzen	11
Schlussfolgerung.....	11
Bibliografie	13

Einleitung

Die sozialen Medien haben nicht nur die Art und Weise verändert, wie wir kommunizieren und interagieren, sondern prägen auch die öffentliche Meinung und die politische Debatte, da immer mehr Menschen sie als primäre Quelle für politische Informationen nutzen. Eine kürzlich von Reuters durchgeführte Studie ergab, dass das Internet und speziell die sozialen Medien, insbesondere für ein jüngeres Publikum, traditionelle Nachrichtenquellen wie Zeitungen und das Fernsehen als primäre Nachrichtenquellen ersetzt haben.¹

Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens wie Politiker*innen, Journalist*innen und online „Influencer“ (engl.: „Beeinflusser“) haben eine große Glaubwürdigkeit bei ihrem Publikum. Sie nutzen ihre Social-Media-Profilen, um fast ununterbrochen mit ihren Anhänger*innen zu kommunizieren und deren Wahrnehmung hinsichtlich bestimmter Situationen zu prägen. Mit ihrer enormen Reichweite und der Vielzahl an Inhalten sind die sozialen Medien das perfekte Instrument zur Beeinflussung der öffentlichen Meinung. Deshalb tragen sie eine besondere Verantwortung, wenn es darum geht, Desinformationen oder implizite (manchmal auch explizite) Aufstachelung zu Hass zu verbreiten.

In mehreren europäischen Ländern nutzen führende Politiker*innen und andere Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens ihre Onlinepräsenz, um Hass zu schüren oder zu Hassrede anzustacheln, indem sie voreingenommene und populistische Kommentare in ihren Social-Media-Profilen veröffentlichen. Diese „Verbreiter des Hasses“ verwenden ähnliche Kommunikationsmethoden wie die klassischen Influencer, fördern dabei aber aktiv Hassreden auf ihren Kanälen. Selbst wenn ihre Beiträge an sich keine illegalen Hassreden beinhalten, schüren sie diese und stimulieren Hassrede in ihren Kommentarspalten. Da der ursprüngliche Beitrag nicht immer einen expliziten Aufruf zur Verbreitung von Hass beinhaltet, kann es herausfordernd sein, diesen effektiv entgegenzuwirken und gleichzeitig die Meinungsfreiheit zu wahren. Bleibt der ursprüngliche Beitrag jedoch online, fordert er weiterhin hasserfüllte Kommentare heraus.

Eine Kultur der Onlinekommunikation in der Hassrede akzeptiert (oder sogar ermutigt) zu werden scheint, kann zu einer vergifteten politischen Debatte und zu gewaltsamen Drohungen gegen den vermeintlichen politischen "Feind" führen und sogar in Gewalt ausarten. Über die Verantwortung von Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens, keine Hassrede zu verbreiten oder Dritte zu dieser zu ermutigen sowie die Kommentare in ihren Social-Media-Profilen wirksam zu moderieren hinaus, hat die Zivilgesellschaft die Verantwortung, Hassrede entgegenzuwirken und sich mit den Menschen und Gesellschaftsgruppen, auf die online abgezielt wird, zu solidarisieren.

Neun Partnerorganisationen haben durch ihren umfassenden Erfahrungsschatz zu diesem Analysepapier zur Verantwortung öffentlicher Personen online beigetragen:

- ZARA – Zivilcourage und Anti-Rassismus-Arbeit (Österreich)
- CEJI – A Jewish contribution to an inclusive Europe (Belgien)
- Human Rights House Zagreb (Kroatien)
- Romea (Tschechische Republik)
- Licra - International League Against Racism and Antisemitism (Frankreich)
- jugendschutz.net (Deutschland)
- CESIE (Italien)
- Latvian Center for Human Rights (Lettland)
- University of Ljubljana, Faculty of Social Sciences (UL-FDV) (Slowenien)

¹ Reuters Institute (2019). *Digital News Report 2019*. Verfügbar unter: <http://www.digitalnewsreport.org/> (Letzter Abruf: 13.12.2019).

Da der Rahmen des sCAN Projekts es den teilnehmenden Organisationen nicht erlaubt, eine umfassende Übersicht der Hassrede-Hotspots in den Social Media zu erstellen, hat sich das Konsortium dazu entschieden, sich ausschließlich auf beispielhafte Fallstudien zu beschränken.

Hassrede öffentlicher Personen zieht selten Konsequenzen nach sich

Mehrere der Projektpartner berichteten, dass führende Politiker*innen und andere Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens in ihren Ländern ihre Onlinepräsenz nutzen, um Hass zu schüren oder selbst Hassrede zu verbreiten. Eine Tatsache, die besonders von daher beunruhigend ist, da diese Personen eine Vorbildwirkung für ihre Anhänger haben, weshalb sie mit ihrem Verhalten Hassrede und Vorurteile als normalen Teil der alltäglichen Kommunikation etablieren können. Dadurch lassen sich auch solche Nutzer beeinflussen, die zuvor keine diskriminierenden Ansichten hatten.

Ein italienisches Beispiel ist die Veröffentlichung eines Artikels in der Zeitung *Libero*, in dem die Klimaaktivistin Greta Thunberg online angegriffen wurde. In dem Artikel wurde der Namen des Mädchens mit der italienischen Beleidigung "cretina" (d.h. Dummkopf) zu "Gretina" verschmolzen. Einige Monate später, anlässlich des weltweiten Klimastreiks "Fridays for Future", der von dem jungen schwedischen Mädchen ins Leben gerufen wurde, verglich *Liberos* Chefredakteur, Vittorio Feltri, Greta auf seinem persönlichen Twitter-Account mit Hitler und Stalin. Der Tweet erhielt 2726 Likes, wurde aber auf Twitter sowie auf anderen Plattformen und Zeitungen stark kritisiert. Dennoch erhielt Feltri Unterstützung von breiten Teilen der Öffentlichkeit und sein Handeln zog keine negativen Folgen für ihn nach sich. Obwohl der Tweet Hassrede enthielt, wurde er nicht aus dem sozialen Netzwerk entfernt.

In mehreren europäischen Ländern wird Hassrede auch von Politiker*innen online verbreitet. Ein Mitglied einer slowenischen rechtsextremen Partei veröffentlichte einen Beitrag, in dem er Hass gegen die LGBT+-Gemeinschaft, basierend auf deren Einfluss auf Kinder, verbreitete. Er stellte die LGBT+-Gemeinschaft in diesem Zusammenhang als Bedrohung für eine "normale" Lebensweise dar und brachte sie mit Pädophilen in Verbindung. Damit spielt der Urheber mit den elterlichen Schutzinstinkten und schürt vor allem die Angst, dass „unsere“ Kinder von der LGBT+-Bewegung „vergiftet“ werden. Der Beitrag beinhaltete Aufstachelung zu Hass und Ausgrenzung. Die meisten Kommentare reproduzierten den Hass gegen die LGBT+-Gemeinschaft, einige enthielten sogar Aufrufe zu körperlicher Gewalt.

In Österreich löste das Thema "koscheres Schlachten" 2018 eine heftige Debatte aus. Unter dem Vorwand des Tierschutzes hatte der höchste Beamte der niederösterreichischen Verwaltung, Gottfried Waldhäusl (FPÖ), vorgeschlagen, de facto Namenslisten von jüdischen Bürgern zu erstellen, um den koscheren (und halal) Fleischkonsum zu verfolgen. Die darauffolgende Onlinedebatte basierte auf Fake News, die von der FPÖ und bestimmten Parteimitgliedern verbreitet wurden und eine beträchtliche Menge an Onlinehassrede gegen Personen mit jüdischer und muslimischer Religionszugehörigkeit auslösten. Die Bundesregierung und die niederösterreichische Landeshauptfrau weigerten sich hingegen, der Forderung nachzukommen und Kunden zu registrieren.

In der Tschechischen Republik veröffentlichte der Assistent von Jaroslav Foldyna, einem Mitglied des tschechischen Parlaments für die Sozialdemokratische Partei, einen Artikel mit dem Titel „Ist die Zukunft Europas islamisch?“². In diesem Artikel schürte Kraft den Hass auf Muslime und Migrant*innen und forderte unter anderem zu militärischen Maßnahmen gegen die über den Seeweg ankommenden Flüchtlinge auf. Jaroslav Foldyna selbst befürwortete den Artikel und die darauffolgenden Interaktionen in den sozialen Medien und lehnte es ab, Disziplinarmaßnahmen gegen seinen Assistenten zu ergreifen.

² Walter Kraft (2019). Je budoucnost Evropy islámská? Verfügbar unter: <http://www.stret-civilizaci.cz/walter-kraft-je-budoucnost-evropy-islamska> (Letzter Abruf: 19.12.2019).

Im August 2019 veröffentlichte Matteo Salvini, damals italienischer Innenminister, einen antiziganistischen Tweet, in dem er mit der Zwangsräumung informeller Roma-Siedlungen in Italien drohte³. Salvinis rassistischer Ausbruch wurde am Vorabend des Porajmos, dem europäischen Holocaust-Gedenktag der Roma, veröffentlicht und löste eine Welle der Empörung in der Politik aus. Viele Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens und Politiker*innen antworteten auf Salvinis Äußerung und kontrastierten seine rassistische Bemerkung. Die Posts führten jedoch nicht zu ernsthaften Konsequenzen, weder für ihn noch seine politische Partei. Stattdessen blieb seine Popularität konstant bei 38%⁴.

Während einer Pressekonferenz im Jahr 2018⁵ zitierte der Präsident der Tschechischen Republik, Miloš Zeman, unrichtige Zahlen über die Beschäftigungsquote der tschechischen Roma-Bevölkerung. Er erklärte, dass nur 10% der in der Tschechischen Republik lebenden Roma arbeiteten. Seine Aussagen wurden in den sozialen Medien heiß diskutiert und weiterverbreitet. Jedoch gibt es in der Tschechischen Republik keine einzige Institution, die ethisch-segregierte Beschäftigungsdaten sammelt. Auch wenn unwahre Statistiken per se nicht mit Hassrede gleichzusetzen sind, schürt die zugrundeliegende Desinformation über die (Un-)Beschäftigung der Roma, auf der Grundlage mangelnder Daten, den Hass auf diese Personengruppe und unterstützt damit die antiziganistische Sprachrhetorik von Roma als „Parasiten“ des Sozialleistungssystems, insbesondere wenn sie von Seiten höchster politischer Autorität verbreitet werden.

Während in den oben genannten Fällen die Hassrede keine Konsequenzen für die Inhaber*innen der Social-Media-Profile zu haben schien, gibt es dennoch Beispiele, in denen Hassinhalte entfernt, Profile gesperrt oder Personen offline mit Konsequenzen belangt wurden. In Österreich veröffentlicht Martin Sellner, Leiter der Identitären Bewegung, auf seinem YouTube-Kanal mit 115.000 Abonnenten kontinuierlich und regelmäßig Videos mit diskriminierenden und rechtsextremen Inhalten. Einige seiner Videos wurden entfernt, nachdem sie an YouTube und andere öffentliche Stellen gemeldet wurden. Seine Konten auf Facebook, Twitter und/oder YouTube sowie auf anderen sozialen Medienplattformen wurden regelmäßig gesperrt. Letztendlich waren sie jedoch nach kurzer Zeit wieder verfügbar.

In Frankreich hielt der bekannte antimuslimische Kommentator Eric Zemmour eine Rede auf der „Convention de la Droite“ („Konvention der Rechten“), in der er Muslime als „Kolonialmigranten“ heftig angriff und dabei den Islam mit dem Nazismus verglich. Die Live-Übertragung seiner Rede auf einem bekannten Fernsehsender wurde auf seinen offiziellen Social-Media-Seiten beworben und auf mehreren öffentlichen Veranstaltungen mit einer großen Fangemeinde und Gruppen, die als „Fanclub“ fungierten, breit diskutiert. Als Reaktion auf diese Posts hat die zivilgesellschaftliche Initiative „Sleeping Giants“ (Schlafende Riesen) eine erfolgreiche Kampagne gestartet, in der große Konzerne aufgefordert werden, die Werbung in seinen Sendungen einzustellen. Darüber hinaus wurde Eric Zemmour bereits mehrfach wegen antimuslimischer Hassreden verurteilt, unter anderem wegen Aufstachelung zum Rassenhass.

In Kroatien gab ein Mitglied der Versammlung der Stadt Rijeka eine Erklärung im Radio ab, in der sie den rassistischen Ausdruck „Hängt Serben an die Weidenbäume“ (auf Kroatisch ist dies ein kurzer

³ The Independent (3 August 2019). Italy's Salvini launches racist attack against 'dirty gypsy' woman: 'The bulldozer is arriving soon'. Verfügbar unter: <https://www.independent.co.uk/news/world/europe/italy-salvini-gypsy-attack-racist-twitter-lega-far-right-a9037706.html>;

Euronews (2 August 2019). Italy's Matteo Salvini accused of racism after 'dirty gypsy' comments. Verfügbar unter: <https://www.euronews.com/2019/08/02/italy-s-matteo-salvini-accused-of-racism-after-dirty-gypsy-comments> (Letzter Abruf: 20.01.2020).

⁴ TG.La 7 (29 Juli 2019). Il sondaggio politico di lunedì 29 luglio 2019. Verfügbar unter: <https://tg.la7.it/sondaggi/il-sondaggio-politico-di-luned%C3%AC-29-luglio-2019-29-07-2019-141070>; Today (23 August 2019). Il verdetto dei sondaggi, la crisi d'agosto punisce la Lega: "Salvini ha sbagliato i tempi". Verfügbar unter: <http://www.today.it/politica/sondaggi-agosto-2019.html> (Letzter Abruf: 20.01.2020).

⁵ Idnes.cz (2018). Za komunismu netrpěli, ani se nehlásí ke své národnosti, uráží Zeman Romy. Verfügbar unter: https://www.idnes.cz/zpravy/domaci/zeman-romove-zamestnani-fotografie-narodnost-urazky.A181005_114131_domaci_kop (Letzter Abruf: 19.12.2019).

Reim: „Srbe na vrbe“) beschwor. Sie behauptete, dass Rijeka nur eine kleine serbische Bevölkerung (6,5%) habe und daher nicht viele Weidenbäume benötigt würden. Nach einem öffentlichen Aufschrei trat sie von ihrer Position als Präsidentin des Rates für nationale Minderheiten der Versammlung zurück. Sie blieb jedoch eine Vertreterin in der Stadtversammlung von Rijeka.

Die kroatische Diplomatin Elizabeta Mađarević, erste Sekretärin der kroatischen Botschaft in Deutschland, postete auf Facebook ein Bild der Adria mit der Unterschrift „Reines und authentisches Europa. Nur weiße Europäer, wie es vor nur 30 Jahren in ganz Europa war. Dies wäre eine hervorragende Urlaubswerbung. Man sollte meinen, dass dies nicht mehr möglich ist, aber glücklicherweise ist es das.“ Sie war bereits vorher durch fremdenfeindliche und homophobe Posts aufgefallen und hatte sich gegen die allgemeine Gültigkeit universeller Menschenrechte ausgesprochen. Als Reaktion auf die auf Facebook gepostete Hassrede wurde Mađarević suspendiert und von ihrer Position in der Botschaft abgezogen.

Hass und Aufstachelung in der Grauzone

Hassrede wird jedoch nicht immer in solch offensichtlicher Form verbreitet. Es ist wichtig sich vor Augen zu halten, dass viele rechtsextreme Persönlichkeiten den rechtlichen Rahmen ihrer Länder hinsichtlich Antirassismus genau kennen und es schaffen in der „Grauzone“ zu bleiben.

In Slowenien postete ein Mitglied einer rechtsextremen Partei Beleidigungen gegen afrikanische Ausländer, in dem er ihre angeblich geringeren geistigen Fähigkeiten verspottete und ihren Ausschluss aus der „weiter entwickelten Welt“ bewarb. Der Post passte perfekt in das gegenwärtige soziale Klima, charakterisiert durch eine fremdenfeindliche Mentalität, die durch die Beleidigung von Flüchtlingen oder Menschen afrikanischer oder asiatischer Abstammung und ihre mutmaßlichen Unterstützer*innen geprägt ist. Auch wenn der Urheber des ursprünglichen Beitrags auf keinen der Kommentare antwortete, so „gefielen“ ihm doch einige dieser, die Hassreden und „Warnungen“ vor einem sich angeblich ändernden europäischen kulturell-ethnischen Profil enthielten.

In Österreich hat der Vizebürgermeister von Wien, Mitglied der FPÖ, ein Bild auf Facebook veröffentlicht, das eine Gruppe von Frauen (mit Kopftuch) und Kindern zeigt, die sich in einem Wiener Park treffen und dort ein Picknick machen. Er fügte dem Bild den folgenden Kommentar hinzu: „Kein Fernreise-Bild, sondern befremdliche Impressionen aus dem Türkenschanzpark [ein Park in Wien]. So schaut's in unseren "Wiener" Freizeitoasen aus ...“. Der Beitrag selbst enthielt keine illegale Hassrede, schürte jedoch hasserfüllte Kommentare, indem er andeutete, dass Frauen mit Kopftüchern österreichische Parks „befremdlich“ machten. Durch die Verbindung mit einem „Fernreisebild“, deutete er an, dass Frauen mit Kopftuch fremd und nicht Teil der österreichischen Gesellschaft seien.

Janis Dombrova, Abgeordneter im lettischen Parlament für die rechtsnationalistische Partei „Nationale Union“ (Nacionālā apvienība), veröffentlichte auf der Website seiner Partei einen Artikel mit dem Titel „Die Zeit der vorgetäuschten Studenten wird bald zu Ende gehen“ und teilte ihn über die sozialen Netzwerke. Dombrova behauptet regelmäßig, dass die Mehrheit ausländischer Student*innen aus Nicht-EU-Ländern zu Beschäftigungszwecken und nicht zum Studium nach Lettland komme. Zudem äußerte er, dass ausländische Student*innen eine Bedrohung für die Wirtschaft und die örtlichen Unternehmen sowie für die lettische Sprache und Kultur darstellten. Seine Beiträge ebnete fremdenfeindlichen und rassistischen Äußerungen anderer Internetnutzer*innen den Weg. Mit mehr als 7.000 Followern auf Facebook und 4.600 auf Twitter hat Dombrova einen großen Einfluss auf die politische Debatte in Lettland. Die lokale migrantenfeindliche Facebook-Gruppe „Latvija nav iebrauktuve“ repostet seine Beiträge regelmäßig.

Einige online Influencer und andere öffentliche Figuren setzen zum Schüren von Hass und der Befeu-erung von Hassrede ihrer Anhänger*innen spezifische Kommunikationsstrategien ein, ohne selbst den gesetzlichen Rahmen zu verlassen.

So nutzt beispielsweise der tschechische Politiker Tomio Okamura seine sozialen Medien regelmäßig zur Verbreitung von Fake News und um Hass gegen Migrant*innen, Muslime, Roma und die LGBT+-Gemeinschaft zu schüren. Viele von Okamuras Beiträgen geben vor, Fakten und Warnungen im öffentlichen Interesse zu vermitteln, während sie zwischen den Zeilen den Gedanken der Kollektivschuld verstärken. Okamura gibt keinerlei Zitate oder Quellen an und verwendet oft Beispiele aus anderen Ländern, die der durchschnittliche einsprachige, tschechische Nutzer von sozialen Medien nicht überprüfen kann. Seine autoritär formulierten Mitteilungen, die wie die eines Beamten wirken, schüren eine hasserfüllte und fremdenfeindliche Atmosphäre in der Tschechischen Republik.

Als ein Polizeibeamter im Oktober 2019 seine Kollegen in der Pariser Polizeipräfektur angriff und tötete, reagierte die französische Politikerin Marion Maréchal auf Twitter, indem sie den Angriff mit dem islamistischen Terrorismus in Verbindung brachte. Maréchal, Enkelin von Jean-Marie Le Pen, der die rechtsextreme Partei Front National gegründet hat, ist das neue Gesicht der extremen Rechten in Frankreich. Aufgrund ihres weitreichenden Einflusses reichte die einfache Erwähnung des Wortes "l'islamisme" (Islamismus) im Zusammenhang mit den drei Todesopfern aus, um antimuslimische Hassrede und regierungsfeindliche Rhetorik zu provozieren.

Marion Maréchal wird zudem von dem anonymen französischen Influencer "Napoléon" unterstützt, dessen Twitter-Account 23.700 Follower hat. Der Account wird auch mit dem konservativen Anti-LGBT+ „La Manif pour Tous“ in Verbindung gebracht. Er verwendet eine sehr spezifische Kommunikationsstrategie: Laut Nicolas Vanderbiest von der Universität Löwen ist der Account „weit entfernt von traditionellem Aktivismus, in dem Anhänger die Botschaften ihrer Kandidaten verzweifelt teilen“⁶. Anstatt über bestimmte Kandidaten oder Politiker zu berichten, verbreitet Napoléon tendenziöse Nachrichten zu einer ganzen Bandbreite an Themen. So hat Napoléon beispielsweise viel zu Gewalt und Verbrechen gegen Frauen gepostet, ein Thema, das einen wichtigen und relevanten Platz in den Debatten der französischen Gesellschaft besitzt. Er nutzt dieses Thema jedoch, um Hass auf Immigranten zu schüren, indem er impliziert, dass nur Migranten – insbesondere muslimische – für die Gewalt gegen Frauen verantwortlich sind.

In Italien griff der Chefredakteur der Zeitung La Verità Migrant*innen auf Twitter an, indem er Inhalte veröffentlichte, die Angst schüren und Stereotypen gegen sie verbreiten sollten⁷. Mit dem Trugschluss, es gäbe einen Zusammenhang zwischen der Ankunft von Migrant*innen über den Meeresweg und den in Italien begangenen Verbrechen, beschwor er rhetorisch eine regelrechte Invasion, um Migrant*innen als gefährliche Kriminelle oder sogar Terrorist*innen darzustellen, die nur nach Italien kommen, um Verbrechen gegen die italienische Bevölkerung zu begehen.

In Deutschland bietet der YouTube-Influencer „Leon-Lovelock“ eine Plattform für antisemitische Verschwörungstheorien zwischen Motivations-, Fitness- oder Lifestyle-Videos. Sein Kanal hat mehr als 380.000 Follower und richtet sich vor allem an junge Zuschauer. Mit seiner „Ich frag‘ doch nur“-Mentalität reproduziert er Verschwörungstheorien, ohne sie kritisch zu hinterfragen, und legitimiert sie dadurch als scheinbar ernstzunehmende Alternativen zu wissenschaftlichen Erkenntnissen.

Moderation ist der Schlüssel zum Erfolg

Um Hassrede im Internet zu minimieren, ist es wichtig, dass Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens Verantwortung übernehmen und Kommentare in ihren Profilen moderieren. Insbesondere bei Kanälen

⁶ Adrien Sénécat (2016). "Prince de l'amour", le roi de l'intox sur Twitter. Verfügbar unter: https://www.le-monde.fr/les-decodeurs/article/2016/12/21/prince-de-l-amour-le-roi-de-l-intox-sur-tweet-5052636_4355770.html (Letzter Abruf: 10.12.2019).

⁷ Maurizio Belpietro (22 September 2019). Tweet Verfügbar unter: <https://twitter.com/BelpietroTweet/status/1176008877499912192> (Letzter Abruf: 20.01.2020).

mit großer Reichweite und einem großen Publikum ist eine erkennbare und konsequente Moderation entscheidend. Untersuchungen zeigen jedoch, dass die Inhaber*innen von Accounts diese Verantwortung nicht ernst genug nehmen. Oftmals verstärken voreingenommene und sensationsgierige Berichterstattung eine Spirale des Hasses in den Kommentarabschnitten. Jedoch kann auch eine ausgewogene Berichterstattung in den Kommentaren mit Aufstachelung und Gewaltaufrufen konfrontiert werden, wenn keine wirksame Moderation erfolgt.

In Ungarn löste eine ursprünglich lustige und humorvolle Meme-Seite mit dem Namen „Tibi atya“ (Tibi-Priester) im Jahr 2019 eine heftigen Schwall an Anti-LGBT+-Hassrede aus, indem sie mehrmals in diffamierendem Ton über die Rechte der LGBT+ schrieb.

In Deutschland war die mangelnde Moderation von Kommentaren besonders in einer Reihe von reichweitenstarken Videos auf den YouTube-Kanälen von Spiegel TV, einem Medienunternehmen, das mit dem bekannten Politikmagazin Der Spiegel assoziiert ist, auffällig. In den Kommentaren zu einem Bericht von Spiegel TV mit über 500.000 Zuschauern über obdachlose Hausbesetzerinnen und Hausbesetzer auf Mallorca, im Beitrag als „Roma“ bezeichnet, forderte der Sender ein „hartes“ Durchgreifen des Staates. Auch der rassistische Begriff „Zigeuner“ wurde in die Debatte eingebracht. In der Folge eskalierte die Diskussion. Zunächst wurde von Kommentator*innen vorgeschlagen, dass die Eigentümer*innen besetzter Häuser „kriminelle Schläger“ für die Räumung einsetzen könnten. Daraufhin erklärten sich einige Nutzer*innen bereit, dies freiwillig zu tun, wobei sie auf entsprechende Fähigkeiten und die Verfügbarkeit verschiedener Waffen verwiesen. Schließlich eskalierte die Diskussion so weit, dass Tötungsfantasien offen ausgetauscht und sogar wortreich ausgemalt wurden. Besonders drastische Kommentare erhielten viele Likes.

Nicht nur die Medien, sondern auch einflussreichen Social-Media-Kanäle im Allgemeinen sollten eine verantwortliche Moderation ernst nehmen. Dazu ist es von größter Bedeutung, dass die Kontoinhaber*innen eine Netiquette oder ähnliche Kommunikationsregeln für ihre Kanäle einführen und diese wirksam durchsetzen.

Gesellschaftliche Konsequenzen

Von öffentlichen Figuren verbreitete oder geförderte Hassrede kann schwerwiegende Folgen für die Kommunikationskultur in einer demokratischen Gesellschaft haben. Eine Kultur der Online-Kommunikation, in der die Verbreitung von Hass durch Politiker*innen und prominenten Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens akzeptiert (oder sogar gefördert) zu werden scheint, kann zu einer vergifteten politischen Debatte und zu gewaltsamen Drohungen gegen den vermeintlichen politischen „Feind“ führen. Diese Normalisierung von Hassrede kann dadurch in alle Ebenen der Gesellschaft eindringen, das soziale Gefüge schwächen und, im besten Falle, eine Atmosphäre der Respektlosigkeit oder, im schlimmsten Falle, eine des reinen Hasses schaffen. Da online und offline nicht mehr als getrennte Lebensbereiche betrachtet werden können, kann sich die Bedrohung online leicht zu Offline-Belästigungen entwickeln.

In Österreich wurde die Autorin des Online-Magazins Vice, Alexandra Stanić, mit einem sog. „shit storm“ von Hassreden attackiert, nachdem ihre Kolumne „Warum ich Österreich hasse“ in den sozialen Medien weit verbreitet worden war. In ihrer Kolumne schreibt Alexandra Stanić über ihre Erfahrungen mit Rassismus und ihre Wahrnehmung und Ressentiments gegenüber der österreichischen Politik. Als Reaktion auf die Hassrede gegen ihre Person kündigte sie an, ihr Telefon für ein paar Tage abzustellen, während Freunde ihre Nachrichten aussortieren würden. Dies ist nur ein Beispiel dafür, wie Hassreden zum (vorübergehenden) Ausschluss bestimmter Personen vom öffentlichen Online-Diskurs führen können. Dennoch erhielt Stanić auch solidarische und ermutigende Botschaften von Nutzer*innen sozialer Medien und Politiker*innen.

In Lettland haben die Aussagen von Janis Dombrova auch außerhalb des Online-Raums Resonanz gefunden. Nach Angaben eines Vertreters indischer Studenten hat eine organisierte Gruppe von Personen Razzien in Döner-Restaurants durchgeführt, um verschiedenen Verstößen aufzudecken. Die Mitglieder dieser Gruppe versuchten, die Beschäftigten der Lokale zu provozieren und konkurrierten darum, wer mehr Beschwerden bei verschiedenen Anlaufstellen wie dem Lebensmittel- und Veterinärdienst, der staatlichen Sprachinspektion und der Arbeitsinspektion einreicht. Um Belästigungen zu vermeiden, begannen einige Besitzer*innen von Döner-Restaurants sogar, ihre Restaurants umzubenennen.

In drastischeren Fällen werden Personen, die aktiv gegen Hassrede online und offline ankämpfen, von Hasskampagnen ins Visier genommen, die von diskreditierenden und erniedrigenden Posts bis hin zu Todesdrohungen reichen. Rechtsextreme Propaganda online schafft eine Grundlage für die Legitimierung von Offline-Gewalt. Der Mord an dem ehemaligen deutschen Regierungspräsidenten Walter Lübcke im Juni 2019, dessen Hauptverdächtiger ein Rechtsextremist mit Verbindungen zur Neonazi-Gruppe Combat 18 ist⁸, kann als tragisches Beispiel dafür angesehen werden. Seit ein Video seiner Erklärung zur Unterstützung der Aufnahme von Flüchtlingen im Jahr 2015 in Umlauf gebracht wurde, sah sich Lübcke online unzähligen Gewalt- und Todesdrohungen ausgesetzt. Nach seiner Ermordung wurde der Mord von Rechtsextremist*innen in Online-Diskussionen verharmlost oder gar verherrlicht.

Schlussfolgerung

Die oben hervorgehobenen Entwicklungen zeigen, wie wichtig es ist, dass zivilgesellschaftliche Organisationen und die Öffentlichkeit zusammenarbeiten, um Hassreden zu bekämpfen und einen Onlineklima zu gewährleisten, in dem alle Menschen ihre Meinung frei und sicher äußern können. Die Möglichkeiten dafür sind vielfältig.

⁸ Der Spiegel (2019). Verdächtiger hatte offenbar Kontakt zu militanten Neonazis von "Combat 18". Verfügbar unter: <https://www.spiegel.de/panorama/justiz/walter-luebcke-verdaechtiger-hatte-offenbar-kontakt-zu-militanten-neonazis-a-1272817.html> (Letzter Abruf: 19.12.2019).

Abgesehen von der Entfernung offen illegaler Inhalte von ihren Plattformen sollten die Unternehmen der sozialen Medien größere Anstrengungen unternehmen, um ihre Gemeinschaftsrichtlinien wirksam durchzusetzen und eine respektvolle Online-Kommunikation zu fördern. Politiker*innen und Nachrichtenagenturen müssen ihre Verantwortung für die Moderation von Kommentaren auf ihren Profilen und Kanälen ernst nehmen.

Des Weiteren können Nutzer*innen hasserfüllte Äußerungen durch Gegenreden anfechten, hasserfüllte Stereotypen dekonstruieren und Fake News und Manipulationen entlarven. Es ist zudem wichtig, Solidarität und Unterstützung für die betroffenen Personen und Gemeinschaften zum Ausdruck zu bringen.

Zivilgesellschaftliche Initiativen wie Sleeping Gigants (Schlafenden Riesen) verfolgen einen anderen Ansatz. Sie setzen sich bei bekannten Marken und Konzernen dafür ein, dass diese keine Werbung mehr auf Websites mit hasserfüllten Inhalten schalten. Diese Form des Werbeboykotts ist ein Versuch, wirtschaftlichen Druck auf die Akteure auszuüben, um deren Auftreten online zu mäßigen.

Hinsichtlich Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens, die absichtlich Hassreden fördern, indem sie in der gesetzlichen Grauzone bleiben und aufhetzende Inhalte veröffentlichen, die an sich nicht illegal sind, müssen die Bemühungen zur Bekämpfung von Hassrede nuancierter sein. Social-Media-Konzerne müssen solche Fälle genau untersuchen und Wege finden, wie sie diesen in ihrem massiven Ausmaß begegnen können.

Hetze funktioniert wie ein einzelnes Streichholz, das einen ganzen Wald in Brand setzt. Daher muss den Hotspots des Hasses online besondere Aufmerksamkeit von Social-Media-Unternehmen zukommen: Sie dürfen weder ignoriert noch unterschätzt werden.

Zivilgesellschaftliche Organisationen, die sich gegen Hassrede einsetzen, können den Trend nicht allein aufhalten. Das wachsende soziale Engagement der Nutzer*innen ist ein positives Zeichen.

Bibliografie

- Adrien Sénécat (2016). *“Prince de l’amour”, le roi de l’intox sur Twitter*. Verfügbar unter: https://www.lemonde.fr/les-decodeurs/article/2016/12/21/prince-de-l-amour-le-roi-de-l-intox-sur-twitter_5052636_4355770.html (Letzter Abruf: 10.12.2019).
- Alberto Berlinguer (2019). *Sondaggi politici, la crisi di governo punisce la Lega*. Verfügbar unter: <http://www.today.it/politica/sondaggi-agosto-2019.html> (Letzter Abruf: 19.12.2019).
- Der Spiegel (2019). *Verdächtiger hatte offenbar Kontakt zu militanten Neonazis von “Combat 18”*. Verfügbar unter: <https://www.spiegel.de/panorama/justiz/walter-luebcke-verdaechtiger-hatte-offenbar-kontakt-zu-militanten-neonazis-a-1272817.html> (Letzter Abruf: 19.12.2019).
- Euronews (2019). *Italy's Matteo Salvini accused of racism after 'dirty gypsy' comments*. Verfügbar unter: <https://www.euronews.com/2019/08/02/italy-s-matteo-salvini-accused-of-racism-after-dirty-gypsy-comments> (Letzter Abruf: 20.01.2020).
- Idnes.cz (2018). *Za komunismu netrpěli, ani se nehlásí ke své národnosti, uráží Zeman Romy*. Verfügbar unter: https://www.idnes.cz/zpravy/domaci/zeman-romove-zamestnani-fotografie-narodnost-urazky.A181005_114131_domaci_kop (Letzter Abruf: 19.12.2019).
- Libero (19 April 2019). *Greta Thunberg, Pietro Senaldi difende il titolo di Libero: perché i rompiballe siete voi*. Verfügbar unter: <https://www.liberoquotidiano.it/news/opinioni/13454031/greta-thunberg-senaldi-difende-titolo-libero-rimpiballe-siete-voi.html> (Letzter Abruf: 20.01.2020).
- Libero (2019). *Vittorio Feltri demolisce Greta Thunberg: “Rompiballe per definizione. E qualche imbecille a Bergamo...”* <https://www.liberoquotidiano.it/news/personaggi/13454270/vittorio-feltri-greta-thunberg-rompiballe-per-definizione-ci-ammorba.html> (Letzter Abruf: 20.01.2020).
- Maurizio Belpietro (2019). *Tweet* Verfügbar unter: <https://twitter.com/BelpietroTweet/status/1176008877499912192> (Letzter Abruf: 20.01.2020).
- Reuters Institute (2019). *Digital News Report 2019*. Verfügbar unter: <http://www.digitalnewsreport.org/> (Letzter Abruf: 13.12.2019).
- TG.LA 7 (2019). *Il sondaggio politico di lunedì 29 luglio 2019*. Verfügbar unter: <https://tg.la7.it/sondaggi/il-sondaggio-politico-di-luned%C3%AC-29-luglio-2019-29-07-2019-141070> (Letzter Abruf: 20.01.2020).
- The Independent (2019). *Italy's Salvini launches racist attack against 'dirty gypsy' woman: 'The bulldozer is arriving soon'*. Verfügbar unter: <https://www.independent.co.uk/news/world/europe/italy-salvini-gypsy-attack-racist-twitter-lega-far-right-a9037706.html> (Letzter Abruf: 20.01.2020).
- Today (2019). *Il verdetto dei sondaggi, la crisi d'agosto punisce la Lega: “Salvini ha sbagliato i tempi”*. Verfügbar unter: <http://www.today.it/politica/sondaggi-agosto-2019.html> (Letzter Abruf: 20.01.2020).
- Walter Kraft (2019). *Je budoucnost Evropy islámská?* Verfügbar unter: <http://www.stret-civilizaci.cz/walter-kraft-je-budoucnost-evropy-islamska> (Letzter Abruf: 19.12.2019).